



Steffi Lemke

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Steffi Lemke MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Frau
Svenja Schulze
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin

Berlin, 15.11.2018

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schulze,

unsere Weltmeere mitsamt unserer Nord- und Ostsee befinden sich in einer historischen Krise.

Richtigerweise haben sich Deutschland, Europa und die internationale Staatengemeinschaft daher im Rahmen zahlreicher Verträge dem Schutz der Meere verpflichtet. Sowohl in den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG14) der Agenda 2030, als auch in den Aichi Zielen (u.a. Ziel 6&11) der Konvention für biologische Vielfalt, widmen sich zahlreiche Ziele und Indikatoren dem nachhaltigem Schutz der Meere. Darunter fällt das Versprechen bis zum Jahr 2020 zehn Prozent der globalen Meeresfläche unter Schutz zu stellen und unsere maritimen Ökosysteme mit ihrer einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt vor der Zerstörung zu bewahren.

Deutschland ging hier schon frühzeitig einen ersten Schritt voran und hat seit dem Jahr 2004 45 Prozent der eigenen Meeresflächen in Nord- und Ostsee formell als Schutzgebiete ausgewiesen. Dieser Schutz besteht seither jedoch nur auf dem Papier, da er weder rechtlich gesichert, noch mit Managementplänen versehen ist. Konkrete Maßnahmen der Naturschutzbehörde zum Schutz von einzelnen Schutzgütern wie beispielsweise dem Schweinswal, den Sandbänken und Riffen oder zahlreichen Seevogelarten können daher nicht ergriffen werden oder werden durch wirtschaftliche Aktivitäten in den Schutzgebieten konterkariert.

Umso erfreulicher war es, dass im vergangenen Jahr mit der Verabschiedung der Schutzgebietsverordnungen endlich verbindliche Regelungen für diese Schutzgebiete formuliert und auch Beschränkungen für die Fischerei in den Meeresschutzgebieten vorgeschlagen wurden. Auch wenn die Pläne ambitionierter

Steffi Lemke MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin - Sprecherin für Naturschutz
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

Tel: (030) 227-72120 - Fax: (030) 227-76118 - steffi.lemke@bundestag.de



Steffi Lemke

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

hätten ausfallen können, hätte das einen besseren Schutz für viele bedrohte Arten in der Nordsee bedeutet.

Nun erreichen uns jedoch besorgniserregende Nachrichten über die europäischen Grünen. Nach unserem Kenntnisstand (siehe angefügte E-Mail von Bruno Hoffstadt) ist die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen über die Schutzmaßnahmen in der *Scheveningen Group* bereit, dem Drängen der dänischen Regierung und der dänischen Fischereiindustrie nachzugeben und die nach 14 Jahren erwarteten Schutzmaßnahmen massiv abzuschwächen. Das Einknicken vor der dänischen Fischereiindustrie ist umso schwerwiegender, da die Schutzmaßnahmen mit allen anderen Nachbarstaaten bereits geeint waren.

Nach unserem Kenntnisstand ist die deutsche Bundesregierung bereit, in den Schutzgebieten erneut den Fischfang mit naturzerstörerischen Stell- und Schleppnetzen weiträumig zuzulassen und damit die verheerenden Eingriffe in die empfindlichen Ökosysteme der Nordsee fortzuführen. So soll im Naturschutzgebiet Sylter Aussenriff durch die aktuelle Position der Bundesregierung ein Korridor entstehen, der den Einsatz naturzerstörerischer Schleppnetze und offenbar die industrielle dänische Sandaalfischerei in besonders schützenswerten und sensiblen Bodenstrukturen ermöglichen soll.

Die daraus folgenden Konsequenzen müssten Ihnen klar sein. Die Antworten der Bundesregierung auf meine schriftlichen Fragen (1/197 und 1/198) verdeutlichen das zerstörerische Ausmaß der Schleppnetzfisherei im Rahmen derer der artenreiche Meeresboden jedes Jahr mehrfach umgepflügt wird und Schutzgüter bedroht werden. Die Bewertungen der Schutzgebiete durch die Naturschutzbehörden ergeben immer wieder Anlass zur Sorge und zusätzlich musste ihr Ministerium bestätigen, dass insbesondere Stellnetze durch den produzierten Beifang für die negative Entwicklung der Schweinswalpopulationen in den deutschen Meeresgebieten verantwortlich sind. Ich gehe davon aus, dass Sie über die besonders dramatische Situation der Schweinswale in der deutschen Nord- und Ostsee Kenntnis besitzen: die Schweinswalpopulation in deutschen Meeresgebieten drohen schon bald auszusterben weil Schutzgebiete nur auf dem Papier bestehen (Schriftliche Fragen: 5/082 und 8/061). Rund 3400 Schweinswale wurden in den letzten zehn Jahren an deutschen Küsten tot aufgefunden. Die nun vorgesehene Beibehaltung der Stellnetze in den Schutzgebieten auf gleichbleibenden Niveau bedroht die geschwächten Populationen in Ihrer Existenz.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte Sie auffordern, sich für eine effektive Absicherung der Naturschutzgebiete in Nord- und Ostsee einzusetzen und die Profitinteressen der dänischen Fischereiindustrie nicht über den Schutz dieses einzigartigen Lebensraums zu stellen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die empfindlichen Ökosysteme in deutschen Naturschutzgebieten weiterhin rücksichtslos beschädigt werden und der Bestand der Schweinswalpopulation und



Steffi Lemke

Mitglied des Deutschen Bundestages
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

anderer schützenswerter Lebewesen immer weiter sinkt. Der Titel Meeresschutzgebiete in Nord- und Ostsee droht ansonsten vollkommen zum Etikettenschwindel zu werden.

Bitte sorgen Sie dafür, dass Deutschland europäisches Naturschutzrecht nicht weiter bricht sondern seine Verpflichtungen zum Meeresschutz endlich ernst nimmt und erneuern Sie die Verhandlungen gemeinsam mit Bundesministerin Julia Klöckner auf Ministerialebene mit ihren dänischen Amtskollegen.

Mit freundlichen Grüßen

Steffi Lemke